

**Bürger-Informations-Veranstaltung
zum Haushalt 2012 ff
der Stadt Mülheim an der Ruhr
am 11. Oktober 2011 in der Realschule Stadtmitte**

Inhalt:

- **Begrüßung durch Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld**
- **Erläuterungen des Stadtkämmerers Uwe Bonan**
- **Vorstellung des Online-Haushaltsforums**
- **Diskussion im Plenum**
- **Schlusswort der Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld**

Moderation: Volker Wiebels, Pressesprecher der Stadt Mülheim an der Ruhr.

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 20:30 Uhr

Begrüßung durch Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld

Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld begrüßt die Mülheimer Bürger/innen zur Bürger- Informations-Veranstaltung.

Sie verweist auf die Unterschiede zu den im letzten Jahr durchgeführten Veranstaltungen, wie zum Beispiel , dass es in diesem Jahr nur diese eine Veranstaltung für die Bürger/innen geben wird. Von der heutigen Veranstaltung erhofft sie sich weitere Anregungen, wo gespart werden kann und soll. Dass die Rahmenbedingungen für einen Haushaltsausgleich sehr schwierig sind, sei ihr bewusst, jedoch der einzige mögliche Weg. Sie verweist auf die anschließende Präsentation von Stadtkämmerer Uwe Bonan, in der die Rahmenbedingungen für einen Haushaltsausgleich genau dargelegt werden.

Erläuterungen des Stadtkämmerers Uwe Bonan

Stadtkämmerer Uwe Bonan gibt einen kurzen Überblick über das Haushaltsforum 2010. Er merkt an, dass es in 2010 eine Auftaktveranstaltung für Interessenvertreter sowie drei Veranstaltungen für die Bürger/innen gegeben habe, mit insgesamt über 1.250 Besucher/innen. Zudem zeigen die Zahlen des Online-Haushaltsforums 2010 (542 registrierte Teilnehmer mit 13.832 Bewertungen sowie 943 Kommentaren), dass dies ein sehr guter Einstieg in eine neue Form der Bürgerbeteiligung war.

Auch mit den vielen Vorschlägen der Bürger/innen und Verwaltung mit zusammen rund 77 Mio. Euro Einsparvolumen ist kein Haushaltsausgleich bis 2014 erreicht worden. Es wurde ein Einsparvolumen von rund 52 Mio. Euro gebraucht, vom Rat beschlossen wurden Maßnahmen mit einem strukturellen Einsparvolumen von rund 36 Mio. Euro bis 2014.

Für das Jahr 2012 beträgt das mit dem Haushaltsplanentwurf ausgewiesene Defizit 74,27 Mio. Euro. Nach derzeitigem Kenntnisstand und unter Berücksichtigung des HSK wird sich das Defizit mittelfristig wie folgt entwickeln: 62,90 Mio. € in 2013, 53,94 Mio. € in 2014 und 43,76 Mio. € in 2015. Bis 2015 kann somit kein Haushaltsausgleich erreicht werden. Er kann jedoch bis 2020 dargestellt werden. Diese Vorgehensweise ist durch die Änderung des § 76 der Gemeindeordnung NRW möglich, da der Ausgleichszeitraum bis 2021 ausgedehnt worden ist. Durch den Haushaltsausgleich in 2020 ist die Grundlage geschaffen, schon in 2012 wieder aus dem Nothaushalt herauszukommen.

Als nächstes berichtet der Stadtkämmerer über die Gesamterträge und Gesamtaufwendungen 2012. Immer noch stellen die Steuern und ähnliche Abgaben die größte Ertragsposition (48,3 %) dar. Bei den Aufwendungen sind es die Transferaufwendungen mit einem Volumen von 258,60 Mio. Euro (43,1 %).

Uwe Bonan verdeutlicht weiterhin, worauf das städtische Defizit im Wesentlichen zurückzuführen ist. Die Steuereinnahmen, Schlüsselzuweisungen und ähnliche Positionen werden als „allgemeine Deckungsmittel“ bezeichnet. Diese dienen der Finanzierung der konsumtiven, das heißt zum Verbrauch gehörenden Aufwendungen wie Personal-, Sach- und Transferaufwendungen. Seit dem Haushaltsjahr 2007, in dem Mülheim an der Ruhr einen tatsächlichen Haushaltsausgleich erzielen konnte, ist diese Position von rund 289 Mio. Euro auf rund 254 Mio. Euro in 2012 gesunken. Dies entspricht einer Reduzierung von rund 35 Mio. Euro (rund 12 %). Im gleichen Zeitraum sind die kommunalen Zuschussbedarfe für den Bereich Kinder, Schule und Jugend (Amt 45) und für Soziales (Amt 50) von rund 131 Mio. Euro auf rund 160 Mio. Euro angestiegen. Dies entspricht einer Defizitausweitung von rund 29 Mio. Euro (rund 22 %). Betrachtet man allein diese Parameter, führt dies bereits zu einem Finanzierungsdefizit von rund 64 Mio. Euro.

Somit wird deutlich, dass die Ursache für das hohe Defizit grundsätzlich in der unzureichenden Finanzausstattung der Kommune für die Erledigung der notwendigen und pflichtigen Aufgaben liegt.

Bonan zeigt auf, dass die Stadt zur Finanzierung notwendiger Aufgaben Liquiditätskredite (städtischer Dispokredit) aufnehmen muss. Bis 2015 ist hier mit einem Anstieg bis auf 855 Mio. Euro zu rechnen (in 2010 sind es 499 Mio. Euro).

Im Weiteren stellt der Stadtkämmerer die vier Bausteine der Weiterentwicklung des HSK dar:

- Personal- und Sachaufwendungen (6,1 Mio. Euro)
- Beteiligung der Gesellschaften am Konsolidierungsprozess (5 Mio. Euro)
- Stärkungspakt Stadtfinanzen (6,5 Mio. Euro)
- Anpassung der Hebesätze für Grundsteuer und Gewerbesteuer (6,5 Mio. Euro)

In diesem Zusammenhang weist Bonan auf das weitere Optimierungspotential bei der Mülheimer VerkehrsGesellschaft mbH (MVG) hin, indem er einen groben Vergleich mit den Betriebsergebnissen der Verkehrsunternehmen der Städte Oberhausen und Hagen als Orientierungsgröße vorstellt. Die Verluste je Einwohner liegen in Mülheim an der Ruhr um 70 bzw. 90 Euro je Einwohner höher als in den anderen Städten. Eine Verbesserung soll durch eine stadtverträgliche Liniennetzoptimierung ohne Qualitätsverlust sowie weitere allgemeine Erlös- und Kostenoptimierungen erreicht werden.

Die vollständige Rede der Oberbürgermeisterin sowie die Präsentation des Stadtkämmerers finden Sie unter

<http://haushaltsforum2012.muelheim-ruhr.de/b%C3%BCrger-informations-veranstaltung-am-11-oktober>

Vorstellung des Online-Haushaltsforums

Pressesprecher Volker Wiebels und seine Stellvertreterin Anke Degner stellen das Online-Haushaltsforum vor. Hier haben die Bürger/innen die Möglichkeit, Sparvorschläge zu machen sowie zu bewerten oder zu kommentieren. Für die Bürger/innen, die keinen Internetzugang haben, wird auf die Möglichkeit hingewiesen, sich im Medienhaus oder in der Bürgeragentur mit Hilfe der dort vorhandenen Rechner an dem Online-Haushaltsforum zu beteiligen.

Diskussion im Plenum

Volker Wiebels eröffnet die Diskussionsrunde zwischen den Bürger/innen und dem Verwaltungsvorstand.

Bürger: „Anmerkung zum Defizit der Mülheimer VerkehrsGesellschaft mbH (MVG): Der Vergleich des ÖPNV mit den Verkehrsunternehmen in Hagen und Oberhausen ist unverständlich. Vorteilhaft wäre der Vergleich mit anliegenden Nachbarstädten wie Essen und Duisburg, die eine ähnliche Einwohnerzahl sowie eine ähnliche Flotte/Struktur aufweisen.“

Stadtkämmerer Bonan stimmt dem Argument teilweise zu. Dennoch sei der Vergleich nicht abwegig. Gerade der Vergleich unterschiedlicher Verkehrsbetriebe und Infrastrukturen sei interessant. Daran könne u.a. erkannt werden, welche Kosten entstehen, wenn Straßenbahnbetrieb nicht so weit ausgedehnt und überwiegend Busse eingesetzt würden. Der Stadtkämmerer betont, dass das Ziel der Optimierungsmaßnahmen eine Kostenreduzierung jedoch ohne Qualitätseinbußen sei. So solle noch ein Konzept ausgearbeitet werden, ob Busse eventuell zum Teil die Straßenbahn ersetzen können. Zudem weist Bonan wie in der Einführungsrede darauf hin, dass dies lediglich einen „groben“ Vergleich darstellen kann.

Bürgerin: „Die Flughafen Essen-Mülheim GmbH schreibt rote Zahlen. Nicht nur aus wirtschaftlicher Sicht, sondern auch bezüglich der Lärmbelästigung sollte darüber nachgedacht werden, die Beteiligung aufzugeben.“

Die Oberbürgermeisterin weist darauf hin, dass an der Flughafen GmbH neben der Stadt Mülheim an der Ruhr auch noch die Stadt Essen und das Land NRW zu je 33,3 % beteiligt sind. Zum Thema Schließung des Flughafens werde Ende 2011 ein Gutachten erstellt. Im Anschluss daran werden die Ergebnisse von den drei beteiligten Parteien besprochen. Daher liege zum jetzigen Zeitpunkt kein neuer Sachstand vor.

Bürger: „Man sollte darüber nachdenken, keine Planstellen mehr zu kürzen und dafür auf die externen Gutachten zu verzichten. Durch die teuren, externen Gutachten hat die Stadtverwaltung durch die Kürzung der Planstellen bald ein Fachkräftemangel.“

Stadtdirektor Dr. Frank Steinfort versichert, dass nur punktuelle Gutachten, die die Stadtverwaltung aufgrund von fehlendem Fachwissen nicht leisten kann, an Externe vergeben werden. Im Vergleich wäre es teurer, dafür eigenes Personal einzusetzen. Auf externe Hilfe könne die Stadtverwaltung nicht verzichten, da in vielen Bereichen einfach das konkrete Fachwissen benötigt werde. Und manche Gutachten (z.B. zu den Swap-Geschäften) müssen aufgrund fehlender Glaubwürdigkeit der Verwaltung durch Externe durchgeführt werden. Des Weiteren stimmt Dr. Steinfort dem Bürger zu, dass die Kürzung um bis zu 270 Stellen auch zu Leistungskürzung führt. Dieses Thema werde weiterhin mit der Politik diskutiert. Auch die Kompensationsmaßnahmen seien bereits mit dem Personalrat besprochen worden.

Bürger: „Wie will die Stadtverwaltung dem Bürger das Haushaltsdefizit erklären? Bereits letztes Jahr hat der gleiche Verwaltungsvorstand Besserung versprochen und das Gegenteil ist der Fall. Der Bürger verliert langsam das Vertrauen in die Stadt.“

Pressesprecher Volker Wiebels erklärt daraufhin, dass der Leistungsanspruch gestiegen sei und die Stadt mit geringeren finanziellen Mitteln mehr Leistung anbieten müsse. Der gesetzliche Anspruch bringe die Waage zum Kippen. Zudem verweist er auf die Aktivitäten des parteiübergreifenden Aktionsbündnisses „Raus aus den Schulden“ mit insgesamt 27 Städten/Kreisen, die alle dasselbe Problem der strukturellen Unterfinanzierung aufweisen.

Kämmerer Uwe Bonan erklärt noch einmal anhand der vorher gezeigten Folie die Entwicklung der allgemeinen Deckungsmittel von 2007 bis 2012. Die Kommunen erhalten immer weniger Mittel und die Wirtschaft habe sich anders entwickelt als zunächst prognostiziert. Als Beispiel dient hier der Rückgang bei der Gewerbesteuer um rd. 27 Mio. Euro und die durch den Kursverlust rückläufige RWE-Dividende um ca. 4 Mio. Euro. Die Aufwendungen der Kommunen wie z.B. die Sozialaufwendungen steigen jedoch an.

Bürger: „Es besteht Aktivitätsbedarf seitens der Verwaltung im Hinblick auf die hohe Arbeitslosenquote. Arbeit sei genug da, aber es fehlen bereitwillige Arbeiter/Mitarbeiter/Bewerber.“

Volker Wiebels erklärt, dass nur der Bund/Staat diesbezüglich etwas tun könne und die Kommunen wenig Einflussmöglichkeiten hätten. Sozialdezernent Ulrich Ernst schlägt vor, ein Treffen mit dem Bürger, der die Arbeitskräfte benötigt, und dem Amtsleiter des Sozialamtes zu organisieren, um den Bedarf an Arbeitskräften möglich schnell decken zu können.

Bürger: „Hätte die Stadtverwaltung nicht besser die RWE Aktie verkaufen sollen wie schon letztes Jahr im Haushaltsforum gefordert wurde?“

Stadtkämmerer Bonan bekräftigt noch einmal, dass der Nichtverkauf zum damaligen Zeitpunkt richtig gewesen sei. Und diese Entscheidung auch heute noch Bestand habe, denn: Im Hinblick auf einen eventuellen Verkauf der RWE-Aktien sind der Aktienkurs, die Ausschüttung und die Zinssätze / -entwicklungen zu betrachten. Wenn die Aktien heute verkauft würden, ergebe sich ein wirtschaftlicher Nachteil von rund 10 Mio. Euro.

Bürger: „Die Ostdeutschen Städte werden aus dem Solidaritätszuschlag finanziert. Die Westdeutschen Städte, insbesondere hier im Ruhrgebiet, gehen leer aus. Die Soli-Pflicht soll abgeschafft werden!“

Uwe Bonan: Der Solidaritätszuschlag resultiert aus einem Bundesgesetz und die Kommunen haben keine Einflussmöglichkeiten. Das Geld wird direkt einbehalten. Die Stadt Mülheim bezahlt rund 9 Mio. Euro jährlich, die durch Kassenkredite finanziert werden. Das Aktionsbündnis „Raus aus den Schulden“ setzt sich auch für die Abschaffung des Solidaritätszuschlags ein.

Bürger: „Um mehr Gewerbesteuer zu erhalten, sollte die Stadt mehr Gewerbeflächen für Firmenniederlassungen anbieten und nicht wie im Stadtteil Heißen für Sportvereine bereitstellen.“

Sozialdezernent Ernst erklärt, dass die Fläche im Stadtteil Heißen an Sportvereine übertragen worden sei, da sie sich nicht für gewerbliche Zwecke eigne. Auch weist der Stadtkämmerer darauf hin, dass die Gewerbefläche an der Hardenbergstraße Bereits sehr lange brach gelegen habe.

Schlusswort der Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld

Die Oberbürgermeisterin bedankt sich bei den Bürger/innen für die offene Diskussion und freut sich ganz besonders auf die Beteiligung, Bewertung und Diskussion im Online-Haushaltsforum. Sie bittet darum, die Punktetafel zur Bewertung der Veranstaltung zu nutzen.

Ende: 20:30 Uhr

